

Die Gleichheit

Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen

Mit den Beilagen: Für unsere Mütter und Hausfrauen und Für unsere Kinder

Die Gleichheit erscheint alle vierzehn Tage einmal.
Preis der Nummer 10 Pfennig, durch die Post vierteljährlich
ohne Bestellgeld 35 Pfennig; unter Kreuzband 35 Pfennig.
Jahres-Abonnement 2,60 Mark.

Stuttgart
4. September 1914

Zuschriften an die Redaktion der Gleichheit
sind zu richten an Frau Klara Zettin (Zunfel), Wilhelmshöhe,
Post Degerloch bei Stuttgart. Die Expedition befindet sich
in Stuttgart, Furtbach-Straße 12.

Inhaltsverzeichnis.

Frauenpflicht. — Ein Nottschrei der Frauen in Berlin. — Anträge für die kommunalen Notstandscommissionen. — Die neue Mutter-schaftsfürsorge in der Praxis. Von Fr. Kleis. — Aus der Holz-industrie. Von Sk.

Frauenpflicht.

Die Friedenssehnsucht des internationalen Proletariats hat sich als ohnmächtig erwiesen, den Weltkrieg zu bannen. Wie Kanonen über schwache Grashalme dahinrollen, zu Boden drückend, was sich eben noch im Winde wiegte, also sind die vom Kapitalismus entfesselten und vorwärts getriebenen Kräfte des Imperialismus über die proletarischen Friedensfundgebungen und Friedenshoffnungen hinweggegangen. Nun steht die Welt in Flammen, der Krieg rast mit Schreden, wie sie noch kein Ringen um die Macht begleitet haben. Nicht in den Stürmen der Völkerwanderung und nicht in den opferreichsten Feldzügen der Vergangenheit sind entfernt solche Meeresheere zusammengeprallt wie in den Schlachten, deren Grausen unseren Herzschlag stoden macht, alle Empfindungen und Gedanken foltert, die das Kulturerbe der Menschheit sind. Die entsetzlichen Wirkungen der Kriegswerkzeuge haben sich phantastisch gesteigert, ein Triumph der modernen Technik, die als blindes Schicksal über Leben und Tod Ungezählter entscheidet und in wenigen Augenblicken Städte und Festungen in Schutt legt, die für die Ewigkeit gefügt schienen.

Das geltende Kriegsrecht macht es uns unmöglich, unserer Überzeugung entsprechend nach einer Antwort auf die Frage zu suchen: mußte es sein? Es hindert uns daran, die gesellschaftlichen Kräfte rückhaltlos zu beleuchten, an deren unerbittlichem Walten das Wünschen und Wollen von Millionen in allen Ländern zerschellt ist, die nun in den Wirbelsturm des Krieges gerissen worden sind. Wir stehen Angesicht zu Angesicht mit der harten Tatsache, daß für die bewegenden Kräfte des Kapitalismus die Bahn einer friedlichen Entwicklung zu eng geworden war, die nach manchem jetzt schon das unerschütterliche Gesetz geschichtlicher Neubildung sein sollte. Eine blutige Katastrophe ist da, von unerhörtem Umfang, aber auch von größter Tragweite. Denn wie immer dieser Weltkrieg die politische Landkarte gestalten mag, er kann nicht bis zu Ende durchgerungen werden, ohne daß er die tiefsten Wirkungen auf die letzte Grundlage des gesellschaftlichen Lebens ausübt: auf die Wirtschaft der Völker und den Brennpunkt dieser Wirtschaft unter der kapitalistischen Ordnung, den Weltmarkt. Gerade der Hinblick auf diese Wirkungen fordert gebieterisch, daß die Arbeiterklasse in steigendem Maße die bewußte Trägerin des geschichtlichen Entwicklungsprozesses zu der höheren gesellschaftlichen Ordnung des Sozialismus wird.

Unwürdig der sozialistischen Frauen würde es uns dünken, wenn sie mit in den Schoß gelegten Händen müßige Zuschauerinnen der weltgeschichtlichen Ereignisse wären, die mit ihrem Heute das Morgen vorbereiten. Die bedeutungsschwere Zeit ruft sie zu großen Aufgaben, an deren Erfüllung sie alle Hingabe, Begeisterung und Opferfähigkeit setzen müssen, die

aus dem „ewig Weiblichen“ ihres Wesens und ihrer Überzeugung quellen.

Die Zwillingsschwester des Krieges ist die Not. Mit dürrer, erbarmungsloser Faust klopft sie an die Tür der meisten Familien, deren Ernährer im Felde steht. Noch grausamer jedoch tritt sie dort auf, wo die vom Krieg untrennbare Störung des Wirtschaftslebens mit dem Erwerb auch das Brot entzieht. Die Arbeitslosigkeit greift rascher um sich als eine verheerende Seuche; Sorge, Hunger, Kränklichkeit, Kindersterblichkeit folgen ihr auf dem Fuße. Und noch sind wir am Anfang des Krieges und im Sommer! Wie soll das werden? Diese Frage — hier eine flehende Bitte, dort ein trotziger Fluch — drängt sich auf Millionen Lippen. Eine befriedigende Antwort darauf ist so wichtig wie die Entscheidung, die auf dem Schlachtfeld fallen wird. Ja, mehr noch: die gewaltigen Opfer des Krieges an Gut und Blut können vom Volke nur getragen werden, wenn dem Feind im Innern erfolgreich gewehrt wird: der Not.

Hier ist das weite Blachfeld, auf dem die sozialistischen Frauen Schlachten schlagen, die zugleich Schlachten für ihre Bürgerrechte sind. Das Gebot der Stunde fordert hier Zusammenfassung aller Kräfte. So wirken denn die Genossinnen friedlich-schiedlich neben dem bürgerlichen Nationalen Frauendienst, auch wohl in kommunalen Körperschaften zusammen mit seinen Vertreterinnen, ohne in dessen ihrer Organisation angegliedert und durch sie in der inneren und äußeren Bewegungsfreiheit gehemmt zu sein. Genossin Zieg hat in letzter Nummer die Notwendigkeit und Wichtigkeit solchen Wirkens trefflich begründet und die Richtlinien gezeigt, die es überall leiten müssen.

Wenn die Gemeinden, wenn öffentliche Körperschaften und Gewalten überhaupt das furchtbar herausziehende Elend ernstlich lindern wollen, so können sie heute die Mitarbeit unserer Genossinnen am allerwenigsten entbehren. Diese bringen für die soziale Hilfstätigkeit das Wissen und die Schulung mit, die sie der Sozialdemokratie und den Gewerkschaften verdanken, ferner die praktische Erfahrung, die sie aus eigenen Lebensnöten als Proletarierinnen geschöpft haben. Sie kennen die Wege, die zu dem schenen, stolzen Elend in Dach- und Hofwohnungen führen, die Worte, die ihm die Zunge lösen. Sie haben den raschen, scharfen Blick dafür, wo und wie geholfen werden muß. Sie vor allem sind dazu berufen, „den Mund aufzutun für die Stummen und für die Sache aller, die verlassen sind“. *Kein Almosen, Hilfe und Arbeit* als soziale Pflicht, das ist die Forderung, die sie überzeugend an alle öffentlichen Gewalten richten. Schützend müssen die Genossinnen vor die Würde, das Recht der Hilfsbedürftigen treten, eine Würde und ein Recht, die fest in den Leistungen der werktätigen Massen verankert sind, und deren Titel mit dem Blute der Volksjöhne geschrieben werden, die Deutschlands Unabhängigkeit schirmend fallen. Das Bewußtsein dafür haben die Genossinnen zu wecken und zu stärken und durch Taten den Glauben lebendig zu erhalten an die tragende Kraft der proletarischen Klassenolidarität, der sozialistischen Brüderlichkeit, die sich am reichsten fühlt, wenn sie gibt und schafft. Die Not

darf nicht Gefühlswerte und Erkenntnisse verschlingen, die das Volk der Arbeit aus dumpfigen Niederungen zur lichten Höhe emporführen. Denn keine Liebes- und Hilfsstätigkeit rührt an die Grundfesten der kapitalistischen Wirtschaft.

Der Krieg hat unsere politischen und gewerkschaftlichen Organisationen gelichtet, hat die Arbeit unserer wichtigsten Organe lahmgelegt oder wenigstens erheblich eingeschränkt. Daß die gelockerten Fäden des Zusammenhaltens und Zusammenwirkens nicht reißen, dafür die ganze Kraft aufzubieten, ist eine selbstverständliche Ehrenpflicht der Genossinnen, die Befestigung ihrer Gleichberechtigung in der modernen Arbeiterbewegung. Wir sagen Erhaltung der Organisation und denken dabei in erster Linie an den Geist, der die Organisation erfüllen und von ihr auf die Unorganisierten ausstrahlen soll. Aus der blutigen Aussaat des Weltkriegs kann dem Proletariat nur eine Ernte reifen, wenn dieser Geist unverfälscht und stark bleibt, unbeirrt durch das Brüllen der Kanonen und die chauvinistischen Weisen eines unechten Patriotismus, dem das beste Kulturgut des deutschen Volkes fremd geblieben ist. In diesem Zusammenhang gewinnt es besondere Bedeutung, daß die Genossinnen trotz Armut und anderer Hindernisse rastlos wie je für die Verbreitung der sozialdemokratischen Presse sorgen, die ihrerseits über Kampfesgewirr und Trümmernhaufen das Banner des internationalen Sozialismus hoch und unbefleckt emporflattern lassen muß.

Des internationalen Sozialismus! Klingt es nicht wie blutiger Hohn? In den Tagen, wo in Wien Männer und Frauen als Beauftragte der Proletarier aller Länder den großen Friedens- und Freiheitsbund der Völker befestigen sollten, verrückeln Zehntausende Söhne des Volkes auf dem Schlachtfeld, senken weitere Zehntausende in Lazaretten, und es ist Bruderhand gewesen, die den Tod entsendet und Wunden geschlagen hat. Hunderttausende, ja Millionen, ganz gleich, welchen Landes Uniform sie tragen, erklären mit zusammengebissenen Zähnen: „Wir wollen nicht, wir müssen. Das Recht und die Unabhängigkeit unseres Vaterlandes sind bedroht.“ Der Krieg hat seine eigene eiserne Logik, seine eigenen Gesetze und Maße. Er schafft eine Atmosphäre, in der heroische Kampfes- und Bürgertugenden gedeihen, aber ob es die Kämpfenden wollen oder nicht, lockt er recht oft auch die Bestie im Menschen hervor, der sein Leben von Tod und Verderben umlauert weiß, entseßelt er wilde Triebe, die als Überlebel der Vergangenheit unserer Art unter der Schwelle des Bewußtseins liegen. „Der alte Urstand der Natur kehrt wieder, wenn Mensch dem Menschen gegenübersteht.“

Kriegsbriefe erweisen die Abstumpfung der Sinne und Seele gegen die Grausamkeit der Schlachten, eine Abstumpfung, aus der langsam, aber unvermeidlich bei vielen Brutalität, Verrohung herauswächst. Unter Berufung auf Recht und Vaterlandsliebe greift das Morden über die kriegsführenden Heere hinaus. Die Zeitungen melden die schauerhaftesten Greuel, deren sich Bürger jenseits der deutschen Grenzen bei der Verteidigung des heimischen Bodens gegen deutsche Soldaten, ja sogar gegen Verwundete und ihre Samariter mitleidig gemacht haben sollen. Selbst wenn die Schilderungen solcher Untaten erheblich übertrieben sind — und das glauben wir —, bleibt der Barbarei mehr als genug übrig. Doch hören wir richtig? Wesensgleiche Barbarei soll den Frevel „ühnen“. So klingt es aus einem Teil der bürgerlichen Presse. Für jeden tüchtigen Schuß eines Bürgers ein eingekerkertes Wort. Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ gehen noch weiter. Sie fordern von der Kriegsleitung: „die Ausräumung aller besetzten Landstriche von allen Einwohnern. . . Alles, was in Zivilkleidung sichtbar wird, 24 Stunden nach Erlaß des Ausweisungsbefehls in dem unter Bann befindlichen Landstrich, gilt als Spion und wird ohne weiteres erschossen.“ Mit der Predigt systematischer Barbarei geht selbstgefällige chauvinistische Überhebung Hand in Hand, ein Schmähchen fremder Völker, um deren Bundesgenossenschaft Deutschland noch gestern warb, eine Herabsetzung der Verdienste, die sie um den Aufstieg der Menschheit zu Wissen,

Wohlstand und Befestigung haben. Es ist, als wären alle Maße zerbrochen, an denen man Recht und Gerechtigkeit im Leben der Nationen zu messen pflegte, alle Gewichte verfälscht, mit denen der Wert der nationalen Dinge abgeschätzt wurde. Weit, weit scheint das welt- und zukunftsspannende Ideal der proletarischen Solidarität, der Völkerverbrüderung zurückgeworfen. Wäre es möglich, daß der Krieg nicht bloß Menschenleben auslöscht, sondern auch Menschheitsziele?

Nein und abermals nein! Die Proletarier werden Deutschland vor solcher Schmach bewahren, und während der Krieg wütet, wollen wir sozialistischen Frauen die treuesten Hüterinnen des Gedankens internationaler Brüderlichkeit sein. Müssen die Männer draußen kämpfen, um Deutschlands nationale Selbständigkeit zu bewahren, so soll es daheim unsere heiligste Aufgabe sein, darüber zu wachen, daß der brausende Strom eines unechten Patriotismus nicht hinwegreißt, was auf dem Boden dieser Selbständigkeit an edler, vorurteilsloser Menschlichkeit, an weltbürgerlicher Gesinnung und Befestigung, an sozialistischem Menschheitsumfassen emporgesproßt ist und höherer, fruchtreicher Entfaltung harret.

Lassen wir nicht den Sinn der werttätigen Massen durch die chauvinistischen Pauken für die nackte Tatsache übertäuben, daß weltwirtschaftliche und weltpolitische Entwicklungen Ursachen des schicksalsschweren Krieges sind, nicht aber häßliche und verächtliche persönliche Eigenschaften der Völker, mit denen Deutschland sich messen muß. Haben wir den Mut, den Schmähungen gegen das „perfide Albion“, die „verkommenen Franzosen“, die „barbarischen Russen“ entgegenzustellen, wie reich, wie unausfüllbar der Anteil ist, den diese Völker zur Menschheitsentwicklung beigetragen haben, wie befruchtend er auch auf das Emporblihen deutscher Kultur gewirkt hat. Wer kann sich die klassische Literatur und Philosophie unseres Landes denken ohne das bahnbrechende Werk der englischen Aufklärer, der französischen Enzyklopädisten, der großen französischen Revolution? Die moderne Weltliteratur trägt die unverwischbaren Spuren des russischen Einflusses. Was die Deutschen selbst in die internationale Schatzkammer der Kultur getan haben, das ist so viel, so unvergänglich, daß es allein schon die Pflicht in sich begreift, gerecht und wahrhaftig in der Beurteilung anderer Nationen zu sein. Mahnen wir daran, daß alle Völker das gleiche Recht auf nationale Unabhängigkeit und Selbständigkeit haben, das die Deutschen kämpfend durchsetzen.

Erheben wir laut und sonder Furcht unsere Stimme für den Frieden, sobald unser Volk dieses Ziel erreicht hat, für einen Frieden, der uns die Nachbarnationen verbindet, statt durch gewalttätige Eroberungspolitik einen Stachel neuen Bürgens zu schaffen. Sehen wir uns bis zum letzten Hauch dafür ein, daß der Donner der Geschütze und das Geschrei der Überpatrioten nicht die Stimme der Menschlichkeit und der proletarischen Brüderlichkeit übertönt. Unter den todbringenden und todbereiten Schlachthäusern hüben und drüben befinden sich Proletarier, die sich brüderlich die Hände reichen möchten, und die nur die bitterste Notwendigkeit zwingt, sich als Feinde auseinanderzustürzen. Könnten wir, könnten die Unsrigen draußen das je vergessen? Leuchtet nicht über dem Grauen der furchtbaren Stunde die Gewißheit, daß die uralte Sehnsucht der Armen und Kleinen nach freiem Menschentum die Völker wieder in einem Ideal und einem Streben vereinigen muß?

Wir sozialistischen Frauen vernehmen die Stimmen, die leise, schmerzlich und doch erhebend in dieser Zeit von Blut und Eisen, von der Zukunft und für die Zukunft reden. Seien wir ihre Dolmetscher für unsere Kinder! Beschützen wir sie vor dem schellenlauten Klang von Auffassungen, wie sie heute die Straßen erfüllen, und in denen ein billiger Rassenhochmut den Menschen erschlägt. In unseren Kindern muß uns die Bürgerschaft dafür heranzwachsen, daß dieser furchtbarste aller Kriege das letzte gewalttätige Völkerringen ist. Das Blut der Verwundeten und Gefallenen darf nicht zum Strom werden, der trennt, was der Gegenwart Not und der Zukunft Hoffnung eint. Es muß ein Kitt sein, der für alle Zeiten bindet.

Ein Notschrei der Frauen in Berlin.

In Berlin ist ein Notschrei proletarischer Frauen erklingen, der in allen Orten ein starkes Echo finden muß. Beim Ausbruch des Krieges haben die Genossinnen dort, wie auch anderwärts, sofort die Initiative zu organisierter Hilfe für die Familien der Einberufenen ergriffen. Sie haben zu diesem Zwecke in Berlin ihre eigene Organisation, die wohl das Zusammenwirken mit dem bürgerlichen „Nationalen Frauendienst“ nicht ablehnt, aber diesem nicht angegliedert ist, sondern selbständig arbeitet. 654 Genossinnen haben sich in den Dienst der städtischen Hilfsaktion für die Familien der Einberufenen gestellt. In jeder der 23 Hilfskommissionen, die den Steuerkassen angegliedert sind, hat eine bürgerliche Frau und eine Genossin die Leitung in Händen. Über 600 Genossinnen haben sich als Helferinnen für die Recherchen gemeldet. Kürzlich hatten sich alle diese tätigen Genossinnen zu einem Instruktionvortrag für ihre verantwortungsvolle Arbeit zusammengefunden wie auch zu einer Aussprache über ihre bisherigen Erfahrungen.

Es waren erschütternde Tatsachen, die berichtet wurden von der unfäglichen Not, die auf den Arbeitervierteln lastet. Übereinstimmend wurde geschildert, daß die Not der Arbeitslosen und der übrigen ungleich größer ist als die der Familien der Krieger, die wenigstens die gesetzlich garantierte Staats- und Gemeindeunterstützung erhalten. Allerdings macht sich dabei sogar in Berlin ein Mißstand ganz empfindlich fühlbar: die Auszahlung erfolgt leider zum Teil entsetzlich langsam. Was die Linderung des Elends der Arbeitslosen anbetrifft, so sind die Bezirksvorsteher zur Auszahlung einer kleinen Unterstützungssumme ermächtigt, aber auch diese Hilfe wurde hier und da schrecklich langsam gewährt oder unterblieb ganz. So herrscht unter den Notleidenden eine geradezu verzweifelte Stimmung. Die in Berlin versammelten Genossinnen erachteten es deshalb als ihre unabweißbare Pflicht, den in Frage kommenden Instanzen folgende Entschließung sofort zu übermitteln:

„Über sechshundert sozialdemokratische Frauen Berlins, die sich in den städtischen Dienst der Unterstützung für die Familien der in das Feld Einberufenen gestellt haben, erheben nach ihren Erfahrungen seit dem Kriegsausbruch folgende gebieterische Forderung:

Das Reich muß schleunigst erhebliche Mittel zur Unterstützung der Arbeitslosen, für die Arbeit nicht beschafft werden kann, den Gemeinden zur Verfügung stellen.

Das Elend der Arbeitslosen tritt immer häufiger in Entsetzen erregender Weise zutage.

Geschieht zur Linderung der Not nicht schnell in umfassender Weise etwas Durchgreifendes, so werden sich binnen kurzem grauenvolle Zustände entwickeln.

Die versammelten Frauen beschloßen, diese Kundgebung dem Reichsamt des Innern und dem Magistrat der Stadt Berlin zu unterbreiten, in der Hoffnung, daß sie dort Beachtung finden werde.“

Den Genossinnen ist auf die Eingabe an den Magistrat der Stadt Berlin bereits mitgeteilt worden, daß der nächsten Stadtverordnetenversammlung ein großzügiger Plan zur Unterstützung der Arbeitslosen zur Beschlußfassung unterbreitet werden soll. Das Vorgehen der Berliner Genossinnen verdient überall Nachahmung, denn es dürfte kaum einen Ort geben, wo die Arbeitslosigkeit nicht immer drohender auftritt. Arbeit statt Almosen zu fordern, entspricht der Würde der werktätigen Massen, entspricht ihrer Bedeutung im großen Haushalt der Gesellschaft, des Staates.

Anträge für die kommunalen Notstandskommissionen.

Der sozialdemokratische Parteivorstand hat an die Parteigenossen in den kommunalen Vertretungen und Körperschaften das Ersuchen gerichtet, sofort die folgenden Anträge einzu-

bringen, die von der sozialdemokratischen Fraktion auch schon im Berliner Stadtverordnetenkollegium gestellt worden sind:

1. Unterstützung der Arbeitslosen:
 - a. durch Weiterführung respektive Verschleimung der städtischen Bauten;
 - b. durch Geld.
 2. Fürsorge für die Kinder der Eingezogenen und Arbeitslosen:
 - a. durch Kindergärten und Kinderhorte;
 - b. durch Speisung;
 - c. durch Säuglingsfürsorge.
 3. Fürsorge für Lebensmittel:
 - a. durch Festsetzung von Höchstpreisen;
 - b. durch städtischen Bezug von Lebensmitteln;
 - c. durch Errichtung und Ausbau von Speiseanstalten;
 - d. durch Betrieb von Bäckereien.
 4. Hilfe für Wöchnerinnen:
 - a. durch Anstaltspflege in städtischen oder in Privatkliniken, für Unbemittelte auf städtische Kosten;
 - b. durch Hauspflege (Hebammen und Ärzte), für Unbemittelte auf städtische Kosten.
 5. Krankenpflege:

für unbemittelte Nichtversicherte freie ärztliche Behandlung und Heilmittel auf städtische Kosten.
 6. Unterstützung der aus dem Ausland in ihre Heimat geflüchteten Deutschen.
 7. Unterstützung der im Orte weilenden hilflos gewordenen Ausländer.
 8. Alle durch den Krieg hervorgerufenen Notstandsunterstützungen, wie namentlich die vorstehenden, gelten nicht als Armenunterstützungen.
- Die Genossinnen haben überall zur tatkräftigen Unterstützung dieser Anträge zu wirken.

Die neue Mutterschaftsfürsorge in der Praxis.

Von Fr. Kleis.

Die neue Reichsversicherungsordnung hat bekanntlich die Fürsorge für Wöchnerinnen in verschiedener Beziehung ausgestaltet. Zunächst ist die Pflicht zur Gewährung der „Wochenhilfe“ allen Klassen auferlegt worden, also auch den früheren Gemeindefrankenversicherungen und jetzigen Landfrankenkassen. Da der Kreis der versicherungspflichtigen Personen erweitert worden ist, so haben nunmehr alle Wöchnerinnen einen Anspruch auf Unterstützung, die gegen Lohn oder Gehalt beschäftigt waren, mögen sie häusliche Dienstboten sein oder landwirtschaftliche und gewerbliche Arbeiterinnen, mögen sie im Handelsgewerbe schaffen oder als Angestellte in Büreaus verschiedener Art. Die pflichtgemäße Unterstützung besteht allerdings nur in einem Wochengeld in der Höhe des Krankengeldes, doch ist ihre Dauer auf acht Wochen verlängert worden. Freilich kann eine böse Ausnahme gemacht werden. Nämlich für solche Mitglieder der Landfrankenkassen, die nicht der Gewerbeordnung unterstehen; für sie kann man die Dauer des Wochengeldbezugs bis auf vier Wochen verkürzen.

Die Reichsversicherungsordnung stellt es in das Belieben der Krankenkassen, in größerem Umfang als bisher die Fürsorge für Wöchnerinnen freiwillig auszubauen. So kann jede Klasse ohne weiteres, wenn die Wöchnerin zustimmt, an Stelle des Wochengeldes Kur und Verpflegung in einem Wöchnerinnenheim gewähren oder Hilfe und Wartung durch Hauspflegerinnen. Allerdings darf sie in dem letzteren Falle das Wochengeld bis zur Hälfte kürzen. Im weiteren kann die Satzung vorsehen: Hebammendienste und ärztliche Geburtshilfe bei der Niederkunft, Schwangerengeld in der Höhe des Krankengeldes bis zur Gesamtdauer von sechs Wochen, Hebammendienste und ärztliche Behandlung bei Schwangerschaftsbeschwerden, schließlich ein Stillgeld bis zur Höhe des halben Krankengeldes und bis zum Ablauf der zwölften Woche nach der Niederkunft. Alle diese Leistungen

können nicht nur den weiblichen Mitgliedern selbst zugestimmt werden, sondern auch den versicherungsfreien Ehefrauen der Versicherten. Man sieht: es sind mancherlei Leistungen, die die Krankenkassen zur Fürsorge für die Mutterschaft gewähren können, die sie aber nur zum kleinen Teil gewähren müssen, wie es die Sozialdemokratie verlangte.

Leider stoßen sich auch bei den Kassen oft genug „hart im Raume die Sachen“. Bei allem guten Willen ist es ihnen vielfach nicht möglich, die verschiedenen freiwilligen Mehrleistungen einzuführen. Übersteigen die Beiträge für die Kasse ein gewisses Maß, so ist die besondere Zustimmung der Unternehmer zu den Fürsorgeeinrichtungen nötig. Diese erfolgt keineswegs immer. Auch sonstige Schwierigkeiten treten den Mehrleistungen für Mutterschutz hindernd in den Weg. Bei der Einführung der Reichsversicherungsordnung und der Aufstellung der neuen Kassensatzungen kamen die Ärzte mit ungeahnten Forderungen, ebenso fast überall die Krankenhäuser, die Bandagisten, Optiker, Zahntechniker usw. Die erhobenen Ansprüche waren so erhebliche, daß zu ihrer Erfüllung allein schon meist eine Beitragserhöhung beschlossen werden mußte. Unter diesen Umständen unterblieb leider vielfach die Einführung der Mutterschaftsfürsorge, soweit sie nicht gesetzlich vorgezeichnet war.

Durch eine Umfrage bei einer Anzahl allgemeiner Ortskrankenkassen hat der Unterzeichnete festzustellen versucht, inwieweit diese Kassen die Möglichkeit ausgenutzt haben, die Unterstützungen für Wöchnerinnen und Schwangere weiter auszugestalten. Die Antworten besagen häufig, daß die Zeit nicht dazu angetan gewesen sei, neue Mehrleistungen einzuführen. Zu den größeren Kassen, die erklärten, aus finanziellen Gründen zurzeit nicht über das gesetzliche Minimum hinausgehen zu können, gehören die in: Barmen, Halle an der Saale, Magdeburg, München, Osnabrück, Harburg, Görlitz, Köthen, Koburg, Cannstatt, Spremberg, Speyer, Sangerhausen, Ludwigsburg, Arnstadt, Plauen, Zittau, Pirna, Seidelberg, Freiberg, Reichenbach i. B., Stendal, Worms, Zerbst, Rowawes, Annaberg, Buchholz usw.

Eine große Anzahl von Kassen haben den § 196 der Reichsversicherungsordnung ganz oder teilweise in ihre Satzungen übernommen. Danach kann an Stelle des Wochengeldes Kur und Verpflegung in einem Wöchnerinnenheim oder Hilfe und Wartung durch Hauspflegerinnen gewährt werden. Unter welchen Bedingungen, das haben wir bereits oben angegeben. Unter den Kassen, die die Besserung haben, finden wir die von Braunschweig, Kattowitz, Neukölln, Rathenow, Dippoldiswalde, Flensburg usw. Im Grunde genommen handelt es sich dabei nicht um „Mehrleistungen“ im Sinne des § 179 der Reichsversicherungsordnung. Erstens können die angegebenen Dinge auch von einer Kasse gewährt werden, wenn sie das nicht in ihren Satzungen stehen hat. Zweitens ist die Durchführung ganz in das Belieben der Kasse gestellt. Nach dem Wortlaut der Bestimmung ist es möglich, daß sie jahrelang in der Satzung gedruckt steht, ohne daß sie in einem einzigen Falle zur Anwendung kommt.

Zu den wirklichen Mehrleistungen gehören zunächst die in § 198 vorgesehenen Hebammendienste und ärztliche Geburtshilfe, die bei der Niederkunft erforderlich werden. Die Satzung kann diese Fürsorge nur den versicherungspflichtigen Ehefrauen oder auch allen weiblichen versicherungspflichtigen zubilligen, mit anderen Worten: es ist in ihr Belieben gestellt, ob sie auch für ledige Mütter etwas mehr tun will. Das letztere ist fast immer der Fall, z. B. bei der Allgemeinen Ortskrankenkasse in Berlin. Sie bezahlt allen weiblichen versicherungspflichtigen die Hebammendienste im Betrag bis zu 15 Mk. Die Allgemeine Ortskrankenkasse Berlin-Pankow gewährt freie ärztliche Geburtshilfe und eine Beihilfe von 15 Mk. zu den Hebammendiensten. Die Allgemeine Ortskrankenkasse zu Greiz gibt 5 Mk. Beihilfe zu den Hebammendiensten; die Ortskrankenkasse zu Jena gewährt „Hebammendienste im ortsüblichen Umfang und bis zum Betrag von 12 Mk. und kassenärztliche Geburtshilfe“;

die Allgemeine Ortskrankenkasse zu Kiel: „bei Lebendgeburten einen Zuschuß von 10 Mk. zu den Hebammendiensten“; die Allgemeine Ortskrankenkasse Sonneberg: „ein Entbindungsgeld im Betrag von 6 Mk. für alle Wöchnerinnen“; die Allgemeine Ortskrankenkasse für das rechtsrheinische Düsseldorf: „Vergütung von 5 Mk. für die Hilfe einer Hebamme bei der Entbindung sowie freie ärztliche Geburtshilfe“. Die Hebammendienste bezahlen noch, teils in vollem Umfang, die Ortskrankenkassen in: Bremen, Kottbus, Eilenburg, Ludwigshafen a. Rh., Merane, Frankfurt a. M. (Schluß folgt.)

Auf die Holzindustrie hat der Kriegsausbruch geradezu verheerend gewirkt. So waren zum Beispiel in der Berliner Klavierindustrie von vordem über 7000 Beschäftigten in der zweiten Kriegswoche nur noch 140 in Arbeit. Andere Berufe haben noch zahlreiche Entlassungen vorgenommen, obgleich ihnen viele Arbeitskräfte durch die Mobilmachung entzogen worden sind. Auf eine Anregung des Deutschen Holzarbeiterverbandes hat der Vorsitzende des Arbeitgeberschutzverbandes für das deutsche Holzgewerbe, Herr Nahardt, an die Mitglieder dieser Organisation öffentlich die „herzliche Bitte“ gerichtet, angesichts des Krieges „jeden Groll zu vergessen, alles zu tun, das schwere Los der Familienangehörigen aller im Felde Stehenden zu mildern und nach Möglichkeit für die Frauen und Kinder der kämpfenden Mitarbeiter einzutreten und zu erwachen, ob nicht in Gemeinschaft mit der örtlichen Organisation der Arbeiter eine Hilfsaktion eingeleitet werden kann“. Weiter heißt es in dem Aufruf: „Es wird ferner notwendig sein, die geringe Arbeitsmöglichkeit für die Zurückbleibenden in der Weise zu verteilen, daß die Arbeitszeit auf ein beliebiges Maß herabgesetzt wird, denn auch diese Leute gehen mit ihren Familien schweren Wochen entgegen. Auf gar keinen Fall darf die Zeit zum eigenen Vorteil ausgenutzt oder der Versuch gemacht werden, die vereinbarten Arbeitsbedingungen illusorisch zu machen, denn das wäre im Augenblick eines gerecht und billig denkenden Arbeitgebers unwürdig, ja im höchsten Grade unpatriotisch gehandelt.“

Die Freie Vereinigung deutscher Pianofortefabrikanten hat ebenfalls ihre Mitglieder ersucht, die Betriebe möglichst aufrechtzuerhalten und die Arbeitszeit zu verkürzen. Es muß abgewartet werden, inwieweit diese Mahnungen praktische Wirksamkeit erlangen und vielleicht einzelne unter dem ersten Eindruck der Mobilmachung geschlossene Betriebe die Arbeit teilweise wieder aufnehmen. Es ist leider damit zu rechnen, daß dafür andere Betriebe noch Einschränkungen erfahren. Die wöchentliche Umfrage des Deutschen Holzarbeiterverbandes hat schon für den Schluß der ersten Kriegswoche ein recht trübes Bild ergeben. Die eingegangenen Berichte erstreckten sich auf gut drei Viertel der Gesamtmitgliedschaft, die Berichte der ausstehenden Orte dürften infolge der langsame Postbeförderung oder auch der Einziehung der ganzen Zahlstellenverwaltung zum Militär ausgeblieben sein. Die Umfrage ergab, daß 18 Prozent der Mitglieder in den berichtenden Orten eingezogen, 33 Prozent arbeitslos und 49 Prozent noch in Arbeit waren. Insgesamt waren am 8. August von den 145 688 Mitgliedern, über die Angaben vorlagen, 25 497 zum Militär einberufen, darunter 16 828 Verheiratete; arbeitslose Mitglieder wurden 48 341 gezählt, nämlich 36 021 verheiratete und 9 837 ledige männliche, 2 201 weibliche und 282 jugendliche. 71 770 unserer Mitglieder standen noch in Arbeit. Unter ihnen befanden sich allerdings bereits viele, die nur tage- oder stundenweise Beschäftigung hatten. Die Zählung vom 15. August zeigt, daß die Dinge sich noch verschlechtert haben. Angaben wurden von Zahlstellen mit zusammen 146 342 Mitgliedern gemacht, davon waren 51 623 gleich 35 Prozent arbeitslos, 30 835 gleich 21 Prozent einberufen und nur noch 63 884 gleich 44 Prozent in Arbeit. 1218 ledige Arbeiterinnen und 1452 verheiratete Frauen waren unter denen, die ihre Beschäftigung verloren hatten. Mit der weiteren Einberufung des Landsturms dürften diese Zahlen noch eine wesentliche Verschiebung erfahren. Da der Holzarbeiterverband jetzt sämtliche arbeitslosen Mitglieder unterstützt, die ihm mindestens ein Jahr angehören, erwachsen ihm ganz außerordentliche Ausgaben, die er um so leichter wird decken können, je pünktlicher die in Arbeit Gebliebenen in der Beitragszahlung sind. Die leider noch vorhandenen vielen unorganisierten dürften jetzt empfinden, wie sie sich mit ihrem unsolidarischen Verhalten selbst geschädigt haben. fk.

Verantwortlich für die Redaktion: Frau Klara Jettin (Bundes), Wilhelmshöhe, Post Zegerloch bei Stuttgart.
Druck und Verlag von J. G. W. Diez Nachf. G. m. b. H. in Stuttgart.